Landeshauptstadt
München

Amtsblatt

Nr. 16/11. Juni 2007

B 1207 B

Inhalt *Seite*

Bekanntmachung;
Bauleitplanverfahren - Beteiligung d. Öffentlichkeit -
hier: Aufstellungsbeschluss mit gleichzeitiger frühzeitiger
Unterrichtung d. Öffentlichkeit gem. § 2 Abs. 1,
§ 13 a Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 d. Baugesetzbuches (BauGB)
- Beschleunigtes Verfahren -
Stadtbez. 22 Aubing-Lochhausen-Langwied
Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2005
Industriestr. (zw. Bergson- u. Lidelstr.),
Bergsonstr. (östl. Industriestr.), Huisler-, Hohenrechbergstr.
u. Mariabrunner Str. (zw. Bergson- u. Huislerstr.
sowie nördl. Kastelburgstr.) *145*

Aufgebot verloren gegangener Sparkassenbücher *146*

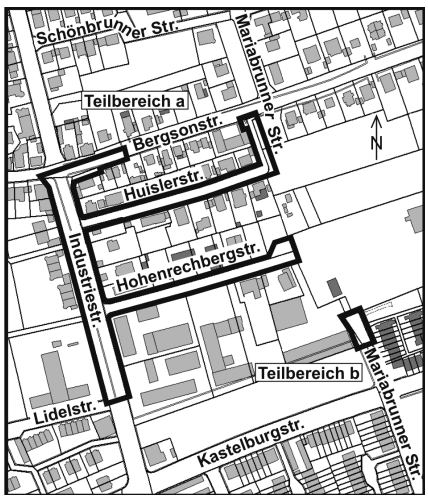
Kraftloserklärung verloren gegangener Sparkassenbücher *146*

Nichtamtlicher Teil

Buchbesprechungen *146*

Bekanntmachung
Bauleitplanverfahren - Beteiligung der Öffentlichkeit -
hier: Aufstellungsbeschluss mit gleichzeitiger frühzeitiger Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 2 Abs. 1, § 13 a Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 des Baugesetzbuches (BauGB)
- Beschleunigtes Verfahren -

Stadtbezirk 22 Aubing-Lochhausen-Langwied



Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2005
Industriestraße (zwischen Bergson- und Lidelstraße),
Bergsonstraße (östlich Industriestraße),
Huisler-, Hohenrechbergstraße und
Mariabrunner Straße (zwischen
Bergson- und Huislerstraße
sowie nördlich Kastelburgstraße)

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung hat am 16.05.2007 beschlossen, für das genannte Gebiet einen Bebauungsplan mit Grünordnung aufzustellen.

Wesentliche Ziele und Zwecke der Planung sind:
Schaffung der planungsrechtlichen Grundlage für die Sicherung und den Ausbau der genannten Straßenverkehrsflächen.

Wesentliche Auswirkungen sind:
- Ordnung der Erschließungsverhältnisse
- kleinklimatische und lufthygienische Verbesserungen durch Baumpflanzungen
- Abrechnung der Erschließung.

Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB aufgestellt.
Es wird keine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.

Die Unterlagen, aus denen sich die Öffentlichkeit zu den allgemeinen Zielen und Zwecken und wesentlichen Auswirkungen der Planung unterrichten kann, werden vom **15. Juni 2007** mit **29. Juni 2007** an folgenden Stellen zur Einsicht bereitgehalten:

1. beim **Planungsreferat**, Blumenstraße 28 b (Hochhaus), Erdgeschoss, Raum 071
   (Auslegungsraum - barrierefreier Eingang an der Ostseite des Gebäudes, auf Blumenstraße 28 a -) von Montag mit Freitag von 6:30 Uhr bis 20:00 Uhr,
2. bei der **Bezirksinspektion West**, Landsberger Straße 486
   (Montag, Mittwoch, Donnerstag von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr, Dienstag von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr und 14:00 Uhr bis 18:30 Uhr,
   Freitag von 7:00 Uhr bis 12:00 Uhr),
3. bei der **Stadtteilbibliothek Neuaubing**,
   Radolfzeller Straße 15
   (Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag von 10:00 Uhr bis 19:00 Uhr und Mittwoch von 14:00 Uhr bis 19:00 Uhr).

Äußerungen können während dieser Frist bei oben genannten städtischen Dienststellen vorgebracht werden. Diese werden überprüft und fließen dann in das weitere Bauleitplanverfahren ein. Eine Entscheidung zu den Äußerungen wird durch den Stadtrat getroffen.

München, 24. Mai 2007 — Referat für Stadtplanung und Bauordnung

Aufgebot verloren gegangener Sparkassenbücher

Die nachstehend aufgeführten Sparkassenbücher der Stadtsparkasse München wurden als verloren gegangen gemeldet und deshalb das Aufgebotsverfahren beantragt:

ausgestellt von der Stadtsparkasse München	Sparkassenbuch Nr.	auf den Namen des Einlegers
Geschäftsstelle 2	902540822	Luginger Anna
Geschäftsstelle 8	908471675	Rudolph Karl-Heinz und Elisabeth
Geschäftsstelle 18	905049110	Müller Erich
Geschäftsstelle 28	28395861	Fels NL Constantin
Geschäftsstelle 32	32048258	Falb Rudolf
Geschäftsstelle 36	36533875	Karlstetter Maria
Geschäftsstelle 64	64051139	WEG Eversbuschstr. 245
Geschäftsstelle 104	104302906	Förg Anoukh
Geschäftsstelle SM-C 1	2600401	Kern Hermine
Geschäftsstelle ZS-MF	908811474	Frank Walter
Geschäftsstelle ZS-MF	14323406	Metzner Margit
Geschäftsstelle RE-FE-PF	2211324	Amman Thomas

Es wurde am 21.05.2007 verfügt, das Aufgebotsverfahren gemäß Art. 33 ff AGBGB durchzuführen. Die Inhaber der vorstehend aufgeführten Sparkassenbücher werden hiermit aufgefordert, ihre Rechte unter Vorlage der Urkunden ab 21.05.2007 binnen drei Monaten, d. h. bis spätestens 21.08.2007, bei der Stadtsparkasse München, Thomas-Wimmer-Ring 1, 80539 München, anzumelden. Urkunden, für welche Rechte innerhalb der gesetzten Frist nicht geltend gemacht werden, werden nach Ablauf dieser Frist für kraftlos erklärt.

München, 21. Mai 2007 — Stadtsparkasse München, Unternehmensbereich Recht

Kraftloserklärung verloren gegangener Sparkassenbücher

Die nachstehend aufgeführten, am 19.02.2007 als verloren aufgebotenen Sparkassenbücher, wurden mit Verfügung vom 21.05.2007 für kraftlos erklärt, nachdem auf das erlassene Aufgebot innerhalb der dreimonatigen Einspruchsfrist Rechte Dritter nicht geltend gemacht wurden:

ausgestellt von der Stadtsparkasse München	Sparkassenbuch Nr.	auf den Namen des Einlegers
Geschäftsstelle 8	902044726	Obermüller Ingeborg
Geschäftsstelle 18	18092551	Stäuble Mathilde
Geschäftsstelle 18	88052147	Schäfer NL Maria
Geschäftsstelle 26	26017038	Reichold Siegfried
Geschäftsstelle 32	32093940	Dietrich Alfred
Geschäftsstelle 32	32602674	Dietrich Alfred
Geschäftsstelle 32	32408650	Dietrich Alfred
Geschäftsstelle 32	32398927	Dietrich Alfred
Geschäftsstelle 32	32349730	Dietrich Alfred
Geschäftsstelle 48	48079750	Moser Berta
Geschäftsstelle 63	14684138	Moosreiner Katharina
Geschäftsstelle 95	95033932	Walde Theresia
Geschäftsstelle PB 10	11066198	Mang Maria
Geschäftsstelle PB 28	28366011	Adler Maria
Geschäftsstelle PB 50	50373901	Schäch Manfred
Geschäftsstelle PB 87	87058285	Schöttl Elisabeth
Geschäftsstelle AC-008	71017255	Finkl Manuela

München, 21. Mai 2007 — Stadtsparkasse München, Unternehmensbereich Recht

Nichtamtlicher Teil

Buchbesprechungen

EUV, EGV: das Verfassungsrecht der Europäischen Union mit Europäischer Grundrechtecharta. Kommentar. - Hrsg. v. Christian Calliess und Matthias Ruffert. - 3. Aufl. - München: Beck, 2007. XLIII, 2877 S. ISBN 978-3-406-55350-9; € 198.-

Der Kommentar erläutert in einem Band den Vertrag über die Europäische Union (EUV) und den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften (EGV) in der Fassung des Vertrages von Nizza. Materiell stellen die beiden Verträge, gemeinsam mit der Europäischen Grundrechtecharta, das gegenwärtig geltende Verfassungsrecht der EU dar. Das Konzept des Werkes mit einem dreigliedrigen Aufbau von Rechtsprechung des EuGH und Praxis der übrigen Organe von EU und EG, Literatur und Stellungnahme wurde beibehalten. Zusätzlich ist jetzt jeder Kommentierung eine Literaturübersicht vorangestellt.
Die Erläuterungen orientieren sich vor allem an der Rechtsprechung des EuGH und an der Praxis der übrigen Organe von EU und EG. Zudem wird die Rechtsprechung der nationalen Gerichte einbezogen, insbesondere die der deutschen Judikative. Auch die geplanten Neuerungen im Vertrag über die Verfassung für Europa sind erläutert.
Die Neuauflage bietet eine eingehende Kommentierung der neuen Europäischen Grundrechtecharta (GRCh). Ein Textteil mit Protokollen und der Beitrittsakte rundet den Kommentar ab. Eine Synopse der Nummerierung der alten (Maastricht) und der neuen (Amsterdam und Nizza) Fassung des EUV ergänzt den Band. Ein differenziertes Sachverzeichnis erschließt das Werk.

Schultz, Michael: Gewerberaummiete. - 3., überarb. Aufl. - München: Beck, 2007. VII, 266 S. 1 CD-Rom (Beck'sche Musterverträge; 20) ISBN 978-3-406-55719-4; € 29.-

Der Band bietet ein allgemein verständlich erläutertes Muster eines Geschäftsraummietvertrages und ergänzt es durch das Muster einer Nachtragsvereinbarung, Sonderklauseln für Einzelhandel und teilgewerbliche Nutzung sowie einen Untermietvertrag.
Im Anhang findet man u.a. eine Übersicht über die Wertsicherungsklauseln. Zudem sind die gif-Richtlinie für Gewerberäume und die gif-Richtlinie für Büros aufgenommen. Vertiefende Hinweise zu Literatur und Rechtsprechung runden das Werk ab.
Die Vertragsmuster sind auf der beigefügten CD-ROM enthalten und können in die eigene Textverarbeitung übernommen werden.

Deutsche Gesetze. Begründet von Heinrich Schönfelder. - Gebundene Ausg. 1/ 2007, Stand: 15. Feb. 2007. - München: Beck, 2007, getr. Seitenzählung. ISBN 978-3-406-56106-1; € 39,80.

Die klassische Loseblattausgabe „Der Schönfelder" liegt jetzt erstmals als gebundene Ausgabe vor, damit entfällt jede Nachlegearbeit.
Inhaltlich ist die gebundene Ausgabe mit der Loseblattsammlung identisch. Sie enthält alle für Ausbildung und Praxis wichtigen Gesetze im Bereich des Bürgerlichen Rechts, des privaten Wirtschaftsrechts, des Strafrechts und des zugehörigen Verfahrensrechts. Die gebundene Ausgabe wird voraussichtlich zweimal im Jahr erscheinen.
Die Ausgabe ist mit Stand 15.2.2007 ganz aktuell.

Münchener Kommentar zum Handelsgesetzbuch. Hrsg. von Karsten Schmidt. - München: Beck.
Bd. 3: Zweites Buch - Handelsgesellschaften und stille Gesellschaft, zweiter Abschnitt - Kommanditgesellschaft. Dritter Abschnitt - Stille Gesellschaft: §§ 161 - 237. Konzernrecht der Personengesellschaften. - 2007. XXVII, 746 S. ISBN 978-3-406-54061-5 € 148.- (bei Einzelabnahme).

Der Großkommentar ist nach den Büchern des HGB gegliedert und erscheint in 7 Teilbänden. Daneben bietet das Werk umfassende Informationen zu den handelsrechtlichen Neben- und Spezialgebieten. In der Darstellung orientiert sich das Werk am Münchener Kommentar zum BGB. Jetzt ist Band 3 der zweiten Auflage vorgelegt worden.

Der Band 3 enthält die Kommentierung zur Kommanditgesellschaft (§§ 161 - 237 HGB) mit ihren Bezügen zur Offenen Handelsgesellschaft sowie zur Stillen Gesellschaft. Die Besonderheiten zum Recht der Publikumspersonengesellschaften werden ausführlich herausgearbeitet. Die Kommentierung berücksichtigt insbesondere
- GmbH & Co. KG
- Gesellschafterschutz bzw. Publikumsgesellschaft
- Stille Gesellschaft
- Anlegerschutz bei der Stillen Gesellschaft
- stille Beteiligung in der Insolvenz
- Treuhand, Nießbrauch und Unterbeteiligung.

In die Darstellung wurde das österreichische Unternehmensgesetzbuch (UGB) einbezogen. Ein Abschnitt zum Konzernrecht der Personengesellschaften rundet das Werk ab.
Der Band ist durch ein ausführliches, eigenständiges Sachverzeichnis erschlossen.

Verfassung der Europäischen Union. Kommentar der Grundlagenbestimmungen (Teil I). Hrsg. v. Christian Callies und Matthias Ruffert. - München: Beck, 2006. XXIV, 656 S. ISBN 978-3-406-54717-1; € 87.-

Der neue Kommentar leistet einen Beitrag in der Diskussion um den weiteren europäischen Verfassungsprozess. Das Werk erläutert praxisorientiert die Grundlagenbestimmungen (Teil 1 der Verfassung): Grundlagen, Ziele und Werte der neuen Europäischen Union; Vorrang des Unionsrechts; Unionsbürgerschaft; Kompetenzordnung der Union; Organe und Einrichtungen; Rechtsschutz; das demokratische Leben in der Union; Finanzen der Union.
Jeweils separat beleuchtet werden dazu Rechtsprechung und Rechtspraxis einerseits sowie die Literatur anderseits. Anschließend kommentieren ausgewiesene Europarechtler aus Wissenschaft und Praxis das Vertragswerk.

Baugesetzbuch mit ergänzenden Vorschriften. Textausgabe mit Einführung. Von Michael Krautzberger und Wilhelm Söfker. - 11., aktualisierte Aufl., Stand 2007 - Heidelberg: Rehm, 2007. VII, 570 S. (Rehmbau) ISBN 978-3-8073-2384-8; € 19,80.

Die Textausgabe enthält sämtliche städtebaurechtlichen Vorschriften des Bundes, die vor allem für Architekten, Bauingenieure, Stadtplaner sowie juristische und technische Mitarbeiter von Bau- und Planungsämtern in Kommunen und staatlichen Behörden von Bedeutung sind. Die Sammlung enthält u.a. Baugesetzbuch, die Baunutzungsverordnung, die Wertermittlungsverordnung, die Planzeichenverordnung, Raumordnungsgesetz und -verordnung, das Bundesnaturschutzgesetz.
In die Neuauflage sind verschiedene Gesetzesänderungen eingearbeitet, u.a. das Gesetz zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung der Städte. Die Einleitung informiert prägnant über die inhaltlichen Schwerpunkte der Novelle und stellt insgesamt das Städtebaurecht kurz dar.

Wettbewerbsrecht. Hrsg. von Ulrich Immenga und Ernst-Joachim Mestmäcker. 4. Aufl. - München: Beck.

Bd. 1: EG. Teil 1. Kommentar zum Europäischen Kartellrecht. Bearb. von Jürgen Basedow... - 2007. XXXV, 1795 S. 978-3-406-55178-9 € 210.-
Bd. 1: EG. Teil 2. Kommentar zum Europäischen Kartellrecht. Bearb. von Jürgen Basedow... - 2007. XXXV, 1779 S. 978-3-406-55179-6 € 210.-

Die Neuauflage des Standardkommentars zum gesamten Kartellrecht erscheint jetzt in zwei Bänden. Der Band 1 stellt in zwei Teilbänden das für die Auslegung des nationalen Rechts grundlegende europäische Recht dar. Die beiden Teilbände zum europäischen Kartellrecht kommentieren die einschlägigen Bestimmungen der Art. 81-89 EG-Vertrag und das internationale Wettbewerbsrecht. Alle wichtigen Gruppenfreistellungsverordnungen werden eingehend kommentiert und in den Gesamtzusammenhang gestellt. Es folgen Erläuterungen zum europäischen Kartellverfahrensrecht mit der Verfahrensverordnung, zur Fusionskontrollverordnung und zum Beihilfenrecht. In zwei ausführlichen systematisch gehaltenen Kapiteln werden die Bereiche Immaterialgüterrecht, Verkehr und Landwirtschaft behandelt.
Der Band 2 ist vom Verlag für Sommer 2007 angekündigt.

Grunderwerbsteuergesetz: Kommentar. Begründet von Ernst Paul Boruttau und Otto Klein. Bearb. von Peter Fischer... - 16. Aufl. - München: Beck, 2007. XX, 1350 S. (Beck'sche Steuerkommentare) ISBN 978-3-406-54607-5; € 105.-

Der Standardkommentar bietet neben einer umfassenden Darstellung des Grunderwerbsteuerrechts in seinen ausführlichen Vorbemerkungen auch zahlreiche alternative Denk- und Argumentationsansätze.
Die Neuauflage berücksichtigt alle Gesetzesänderungen, insbe-

Druckerei Majer u. Finckh, Fleckhamerstraße 6, 82131 Stockdorf
Postvertriebsstück – DPAG - Entgelt bezahlt

sondere das Richtlinien-Umsetzungsgesetz sowie das Gesetz zur Beschleunigung der Umsetzung von Öffentlich Privaten Partnerschaften und zur Verbesserung gesetzlicher Rahmenbedingungen für Öffentlich Private Partnerschaften.
Schwerpunkte der aktuellen Kommentierung sind:
- die Grundsatzentscheidungen zum Immobilien-Leasing sowie zur Anteilsvereinigung und Anteilsübertragung unter Berücksichtigung der Organschaft
- die Entscheidungen zur unentgeltlichen Übertragung von Grundstücken zwischen öffentlich-rechtlichen bzw. gemeinnützigen Körperschaften
- die Auswirkungen der umsatzsteuerlichen Steuerschuldnerschaft auf die Grunderwerbsteuer
- die Erläuterung der grunderwerbsteuerlichen Besonderheiten bei der Übernahme von Erschließungskosten
- die Rechtsprechungsänderungen für die Rückgängigmachung von Erwerbsvorgängen.

Das ausführliche Sachregister ermöglicht einen raschen Zugriff auf die gesuchten Informationen.

Frotscher, Werner und Bodo Pieroth: Verfassungsgeschichte. - 6., überarb. Aufl. - München: Beck, 2007. XXIV, 421 S. (Grundrisse des Rechts) ISBN 978-3-406-55828-3; € 19,50.

Die Verfassungsgeschichte befasst sich mit den historischen Strukturen des Staatswesens und trägt zum Verständnis des geltenden Verfassungsrechts bei, das häufig auf den Erfahrungen bisheriger Staatsformen basiert.
Der Grundriss konzentriert sich auf die Vermittlung verfassungsgeschichtlicher Zusammenhänge, die für das Verständnis des in der Bundesrepublik Deutschland bestehenden Staatswesens notwendig sind. Die Darstellung beginnt mit der Entstehung des modernen Verfassungsrechts in den USA und in Frankreich, zeichnet seinen Einfluss auf die deutschen Staaten nach, behandelt den nationalsozialistischen Staat und seine Auswirkungen auf das Grundgesetz. Der demokratische Neubeginn und die Entstehung bilden die Schlusskapitel.

Die praktische Behandlung von Reisekosten, Bewirtungsspesen und verwandten Aufwendungen. - 54. Aufl. - Hannover: Klages, 2007. 319 S. (Gesetzliches Recht; 30) ISBN 978-3-7813-3054-2 € 33.-

Das Buch behandelt die steuerlichen Vorschriften über Reisekosten; Mehraufwendungen bei doppelter Haushaltsführung; Wege zwischen Wohnung und Betriebs- bzw. Arbeitsstätte; Gestellung von Kraftfahrzeug und Fahrer zu Privatfahrten, Sammelbeförderung und Fahrkostenzuschuss; Umzugskosten; Bewirtungsspesen und Geschenke.
Eine wesentliche Änderung erfolgte durch die grundsätzliche Streichung der steuerlichen Anerkennung von Aufwendungen für Wege zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeits- bzw. Betriebsstätte. Nur Fernpendler können eine Entfernungspauschale ab dem 21. Entfernungskilometer ansetzen. Die Aufwendungen für Flugstrecken können weiterhin mit den tatsächlichen Kosten geltend gemacht werden. Auch für behinderte Menschen bleiben die bisherigen Regelungen bestehen.
Eine einschneidende Änderung erfolgte zum 1. Januar 2007 durch die Anhebung des vollen Umsatzsteuersatzes von 16 % auf 19 %. Der halbe Steuersatz bleibt wie bisher bei 7 %.
Rückwirkend zum 1. Januar 2006 gilt das Verbot der Anwendung der 1 %-Pauschale bei der Abrechnung der privaten Nutzung betrieblicher Kraftwagen. Die Nutzung betrieblicher Kraftwagen durch Arbeitnehmer (Dienstwagen) ist davon nicht betroffen.
Die bisher geltende und jährlich aktualisierte Sachbezugsverordnung ist ab 1. Januar 2007 durch die neue Sozialversicherungsentgeltverordnung (SvEV) ersetzt worden. Die übersichtlichen Tabellen für die Bewertung von Sachbezügen sind entsprechend aktualisiert. Die seit der Vorauflage maßgeblichen Erlasse der Finanzverwaltung und die höchstrichterlichen Entscheidungen sind berücksichtigt.
Ein chronologisches Register mit den Fundstellen der einschlägigen Entscheidungen des Bundesfinanzhofes rundet die Broschüre ab.

Amtsblatt der Landeshauptstadt München

Herausgegeben vom Direktorium – Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München, Rathaus.
Druck und Vertrieb: Druckerei Majer u. Finckh, Fleckhamerstraße 6, 82131 Stockdorf, Telefon (0 89) 89 96 32 - 0, Telefax (0 89) 8 56 14 02.
Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Druckereiabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 31.10. jeden Jahres bei der Druckerei vorliegen. Bezugspreis: € 59,40 jährlich einschließlich Porto, Verpackung und zzgl. Mehrwertsteuer. Preis der Einzelnummer € 1,65 zzgl. Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandgebühr. Erscheinungsweise: dreimal monatlich.

Gedruckt auf 100% Altpapier.